

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der 18. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst  
in Brauen und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf.  
Der Preis bezogen vierzehntägl. M. 2.75, unter Kreisband für Deutschland und  
Schlesien M. 5.— Erstesem tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 3465.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Reception: Brüderstraße 21. Telefon 1769.  
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gegebenheiten Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinanzeigen 20 Pf. Inserate müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Reception abgegeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Fr. 37.

Dresden, Montag den 15. Februar 1909.

20. Jahrg.

## Durcheinander.

### Steuerhöcher hinter den Kulissen.

Der große englische Minister Pitt hat einmal in einer Stunde gegen seine Feinde gesagt, daß die unten Minister immer die schwersten Verpflichtungen hätten, und zwar nicht damit anzufangen wüßten. An diesen auch wird man erinnert, wenn man das Schicksal der unten Finanzreform betrachtet, mit der uns der Kanzler und seine Helfer beglücken möchten. Man hätte angejollten, daß der Kanzler schon bei den Verteilungen, im Sommer 1908 in Nordeuropa mit den Führern der Parteien verhandelte, eine fiduciaire Mehrheit für seine Vorlagen festgelegt hätte. Bei der Schwachmütigkeit beruhend wäre es ihm gewiß nicht schwer gefallen, diejenigen so auszugehen, daß sie auch der Zustimmung der Parteien füreinander wären, wenn er überhaupt mit dem daraus hingearbeitet hätte. Daraus hat ihn aber nur seine gewohnte Trägheit verhindert. Im Gefühl einer Würdigkeit hat er seinen Staatssekretär und die anderen Amtsführer lassen, weil er annahm, daß die schließlich doch wohl klappen werde. Darin hat er allerdings sehr getäuscht. Es herrschte heute in der Finanzreform ein Durcheinander, das lebhaft an die des verlorenen Herrn Stengel erinnert. Auch wurde eine Blüte nach der andern aus seinem Steuerherrn heraustragen, bis schließlich wirklich nur noch der nackte Engel übrig blieb. Jetzt ist es kaum anders.

Doch die sozialdemokratische Partei allen Versuchen, der Wille des Volkes durch indirekte Steuern neue Rätsel zuwenden, von vorne herein und unter allen Umständen eine ebene Gegnerkraft entgegenzustellen, war nicht vorzusehen. Leider kann diese Gegnerkraft bei den en Mehrheitsverhältnissen im Reichstag aber auch nicht in die Magdeburg hoffen; schließlich gehört doch nur ein Teil des Hauses der sozialdemokratischen Partei auch mit einer entschlossenen Opposition der politischen Parteien rechnen, denn die Polen geradezu unvermeidlich, wenn sie einer Regierung Mittel geben würden, die sie unter ein Ausnahmegericht gestellt hat. Nach dieser Opposition war vom Standpunkt der Regierung kaum zu fürchten, weil auch sie der Wahl nach zu ist. Damit blieb nur das Zentrum auf der einen und die Blockparteien auf der anderen Seite, die als Maßnahmen im Rechnung zu stellen waren. Mit dem Weit in der Hand kann man sich leicht austrechnen, daß sogar Zentrum ausgeschlossen werden könnte, ohne daß irgend ein Steuerplan eine ernsthafte Gefahr drohte, wenn nur die Regierung und Zusammenhaltung der Blockparteien gelungen.

Über hier hat es zum Glück Schwierigkeiten gegeben, unversöhnlichen Kontrahenten haben sich durch keine Rücksicht den Kanzler oder seinen Block von ihrem Wunsche abwenden lassen, den gemahten Bedarf des Reiches durch Steuern aufzubringen und sich dann aus den neuen Kosten zu bereichern. Die von den Regierungen vorbereitete Steuer auf den Nachbau, die Wehrsteuer und die Schatzsteuer sind in der Tat nichts als ein schmales Zeichen zur Verhüllung der brutalen Schräglage, die dem Volke Jahrzehnte gedroht hat. Über selbst das ist den Kontrahenten schon zu viel, selbst dagegen dämmen sie sich trotz und wie sie schon selber Thronen tragen ließen, wenn Wille nicht gehabt, so breiten sie jetzt den Kanzler mit wilder Empörung.

In dem allgemeinen Elend, das zurzeit in Deutschland steht, ist, wie es scheint, die Gefährlichkeit der neuen Steuern nicht genügend gewürdigt worden. Das wirtschaftlich leidende Judentum, so schwer mißhandelte Volk hat die Anwendung dieser neuen Belastung mit einer stoischen Gleichgültigkeit aufgenommen. Über so viel Verstand hat schließlich noch die Russische Regierung, daß sie sich kostet; in Augenblick, wo wir den unversöhnlichen Summungen der Kontrahenten tragen und die geforderten 500 Millionen auf restlos durch indirekte Steuern aufzubringen wollen, da ein Sturm los, dessen Folgen noch unabsehbar sind, kommt. Leider ist noch Widerstand gegen das Verlangen der Kontrahenten, die Nachbauten fallen zu lassen. Über es keineswegs sicher, ob ihr Widerstand unmittelbaren Erfolg haben wird. Was der Unklarheit über die Lösung dieses engelhaften ergaben sich die Gerüchte von einer möglichen Abstimmung. Eine Reichstagsauflösung ist gewiß höchst wahrscheinlich, aber zu den Unmöglichkeiten gehört sie nicht.

Die Schwierigkeiten der Lage ergeben sich nicht allein aus dem Problem einer vom Volke gerade noch ertragbaren Ertellung der kommenden Lasten auf direkte und indirekte Steuern, sondern überdies noch aus der Form der einzelnen Steuerpläne. So mußte z. B. die Kommissionseratung der Kontrahenten vorlage schon beim ersten Paragraphen abbrechen, weil die Mehrheit des Reichstags gegen Monopol ist und eine verbesserte Verbrauchsabgabe verlangte. Dieser Gesetzesentwurf liegt heute noch nicht vor. Wenn an den Gerüchten trauen darf, die im Reichstage umlaufen, bestrebt sich die Regierung mit Hilfe der Blockparteien, vielleicht eines Teiles des Zentrums, die neuen Vorholzäge zu gestalten, das schließlich im Vergleich zu ihnen das

Monopol immer noch mehr Vorzüge aufweist, das kleinere Nebel ist. Das neue Gesetz wäre dann nur ein weit ausgedehnter und schwieriger Umweg, um doch zum Monopol zu gelangen. Unsere Vertreter haben also Urfache, diesen Punkt fest im Auge zu halten. Wie sie denn überhaupt in diesem greulichen Durcheinander, getrennt unterferne Programme, die eine klare Koordination unentbeugt zu vertreten haben, daß die Lasten des Reichs nach der Leistungsfähigkeit verteilt werden, daß nicht aber unter brutaler Ausübung ungerechter Machtvorherrschaft das arbeitende Volk noch tiefer in das Elend hinzugeschoben wird. Darüber dürfen wir uns freilich keinerlei Läusigung hingeben, daß die herrschenden Parteien schließlich miteinander handeln werden, daß sie die besitzenden Massen schonen und die arbeitenden Massen mit der vollen Wucht neuer Steuern lasten werden. Wozu hätten wir denn sonst den „nationalen Reichstag“?

### Ein neues Manöver der Konservativen.

Wie gemeldet wird, hat sich die geheime Subkommission dem Projekt der sogenannten „verdeckten Matrikelarbeiträte“ wieder zugewendet. Nach diesem Projekt soll etwa ein fünfster der geforderten Steuern aus erhöhten Zuflüssen der Einzelstaaten zur Reichswirtschaft aufgebracht werden, mit der reichsgelehrten Maßgabe, daß die Einzelstaaten diesen Betrag „vom Vermögen“ zu erbringen haben. Es soll dabei in ihr freies Ermessens gestellt werden, ob diese Erhebung durch Nachlaststeuer, Zinsensteuer, Vermögenssteuer usw. aufgebracht werden soll. In der Begründung dieses dreisten Vorschlags verrät die Konservativen eine sehr donkere Ausrichtigkeit. Sie schreibt nämlich: Die Konservativen werden unter keinen Umständen einer Reichsvermögenssteuer zustimmen, die dem aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag die Möglichkeit zu Vermögenskonfiskationen gibt.

Un Stelle des Reichstags, dem Parlament, in dem auch die Hungerleider und Habenichtse ein Wort mitzutragen, sollen — in Preußen und Sachsen hauptsächlich — die Geldabschöpfungen darüber zu befinden haben, was die Reichs dem Reich zur Erhaltung seines Heeres und seiner Flotte bezahlen sollen. Durch diese Art der Begründung wird der konervative Vorschlag zu einem Angriff auf die Finanzen des Reichstags, zu einem feindlichen Vorschlag gegen das allgemeine Wahlrecht und zu einem — ausgezeichneten Geschäft für die bestehenden Klassen.

### Ein Berichtigungstryk.

Die Rhein-Welt, Bonn, will aus einer wortiger Quelle erfahren haben, daß die konservative Partei an Stelle der Nachlaststeuer eine Reichshöfesteuer von 50 Pfennig per Tonne gefördeter Kohle vorgeschlagen habe, und daß die Regierung diesen Vorschlag nicht abgeneigt sei. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß bei der heutigen Abstimmung des Reichstages hierfür eine Mehrheit vorhanden sei. Das Blatt sieht den Ertrag der Steuer auf über 100 Millionen Mark und meint, daß infolgedessen der Kohlenbergbau gewungen werden würde, entweder die Löhne entsprechend herabzulegen oder die Kohlenpreise entsprechend zu erhöhen.

Diese Vorholzäge sind so ungeheuerlich, daß man sie getrost zu den Verwirrkungen zählen darf, durch die Konservativen ihre schwäbische Prachtburg in Sachsen Nachlaststeuer auf dem Hintergrund der Erbteilungen zu bestimmen trachten.

## Das Haus der Wortentziehung.

### Standesaus der preußischen Duma.

\* Bei der Fortsetzung der Beratung der Vorberbefolzungsvorlagen hat das preußische Dreiklassenhaus am Sonnabend wiederum Proben von dem Stoffnechtsgeiste brutaler Bergewaltung geliefert, der seine kraft- und jährlinjerliche Mehrheit erfüllt. Die dritte russische Duma ist ein freileibliches Institut im Vergleich zum preußischen Abgeordnetenhaus. Mit zynischer Offenheit wird die Wortentziehung zum Prinzip erhoben und ein parlamentarisch dies zu schaffende Gesetz gegen die Sozialdemokratie proklamiert.

Nicht weniger als dreimal in der einen Sonnabendabend wurde das halbzeitige Debatteabschlusses benutzt, um dem Genossen Adolf Hoffmann das Wort abzuschnüren. Zunächst gelang das bei einem konserватiven Antrag, zu dem sich die Redner sämtlicher bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Polen und des Zentrums gesellt hatten; die beiden letzten Fraktionen konträren sich prinzipiell bei Fragen aus, die die evangelische Landeskirche betreffen. Nachdem zog zuvor bei der allgemeinen Debatte die Darlegung des Standpunktes der sozialdemokratischen Fraktion verhindert worden war, wollte Adolf Hoffmann bei Gelegenheit des konserватiven Antrags unsere prinzipielle Stellung darlegen. Sofort kam der Debatteabschluß, dem der durch formelle Moralpausen bekannt gewordene konservative u. kathol. Zirkel ganz offen mit der Absicht begründet, Hoffmann nicht zu Wort kommen lassen zu wollen. Genosse Hoffmann kennzeichnete dies Vorgehen und der Zentrumpresident Vorlich bestätigte diese Kennzeichnung durch einen Ordnungsruf. Lediglich hat das Zentrum gegen den Schluss gestimmt, während wenigstens ein Teil der Freisinnigen sich an der Henkerarbeit beteiligte. Bei den Zusammenschlüssen, die das famose Prinzip

der Ostmarktauslagen auch auf die katholischen Geistlichen ausdehnt, wurde noch zweimal von der Guillotine Gebrauch gemacht und wiederum richtete sich die Strangulation gegen Hoffmann. Als er den dritten Debatteabschluß mit ebenso fröhlichen wie aufregenden Worten darunterstrich, eilte Bischofspräsident Krause den Zünfern mit zwei Ordnungsrufen zu Hilfe und drohte mit Wortentziehung im Falle eines dritten Ordnungsrufes, gleich als ob die betreffende Bestimmung der Geschäftsordnung sich auch auf persönliche Bemerkungen beziehe. Es fehlte wenig, daß er gedroht hätte, Hoffmann in Ketten fortzuführen zu lassen.

Nach dem preußischen Sonntagsbericht verließen die oben genannten Szenen wie folgt:

Das Haus beriet die Kommissionsbeschlüsse über das Besoldungsgesetz für evangelische Pfarrer; die Kommission hat u. a. eine weitere dauernde Rente von 500 000 R. für den Witwenvorschlag der evangelischen Geistlichen beschlossen. Finanzminister v. Rheinbaben erklärt das Einverständnis der Regierung zu dem Antrage. Es sprechen ein konservativer, ein nationalliberaler, ein freisinniger Redner, sämtlich für Verbesserung.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen in gegen die Stimmen des Zentrums, eines Teiles der Freisinnigen und der Sozialdemokraten.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich will zur Geschäftsordnung erläutern, daß durch Ihren Beschluß es meiner Partei zu wiederholten Malen unendlich gemacht worden ist, zu einer äußerst wichtigen und prinzipsiellen Sache hier zu Wort zu kommen. In uruiner Aussicht ihrer Macht haben Sie sich durch diese Gemeinschaft selbst gesetzmäßiges. (Unruhe rechts; lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Vorlich ruft den Redner zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Klemm-Züsdorff (lont.): Wir haben den Schlußantrag gestellt, um Herrn Hoffmann keine Gelegenheit zu geben, bei Gelegenheit des Vorberbefolzungsgesetzes in zweiter Lesung eine ähnliche Rente zu halten, wie sie in erster Lesung gehalten worden ist. Das Haus hat ihm damals das Wort nach einem dreimaligen Ordnungsruf entzogen, und es erscheint uns erwünscht, daß nicht eine ähnliche Rente wieder gehalten werde. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich habe dem Vorredner zu entzählen, daß ich meine damalige Rente, auf die er Bezug nimmt, ohne den Schutz der Immunität brauchen noch einmal gehalten habe; sie ist als Vorberbefolzung gesetzt worden, wie sie in erster Lesung gehalten worden ist. Das Blatt hat ihm damals das Wort nach einem dreimaligen Ordnungsruf entzogen, und es erscheint uns erwünscht, daß nicht eine ähnliche Rente wieder gehalten werde. (Bravo! rechts.)

Die einzelnen Artikel des Gesetzes werden hierauf beobachtet. Aufgenommen. Zum Artikel 8a, der den von der Kommission eingeführten Antrag enthält, ist nur der Abg. Hoffmann (Soz.) gemeldet. Vizepräsident Dr. Vorlich verliest aber sofort einen Schlußantrag der Konservativen, der angenommen wird. Es folgt nun die zweite Beratung des Besoldungsgesetzes für katholische Pfarrer.

Der Antrag Dr. Vorlich (Zent.) auf Gewährung staatlicher Beihilfen an katholische Hilfsgeistliche, sowie ein Antrag Stodel (Vol.) und Dr. Vorlich (Zent.) auf Erreichung des Artikels 16 des Gesetzes, wonach den katholischen Pfarrern in Preußen und Westpreußen die Gehaltsverhöhung nur in Form widerruflicher Bulle gewährt werden soll, hat die Kommission abgelehnt. Die widerruflichen Bulle sollen nach Artikel 16 allen katholischen Pfarrern dieser Provinzen gewährt werden, sofern sie nicht durch die Verstärkung einer dem preußischen Staate oder dem deutsch sprechenden Teile der Bevölkerung feindlichen Gegenwart das Friedliche Zusammenleben der Bevölkerung oder sonst die staatliche Ordnung gefährden. Neben das Vorhaben dieser Regelung soll die Mindeste der geistlichen Angelegenheiten entscheiden. — Dagegen hat die Kommission einen Antrag auf Erhöhung des Rente für emeritierte katholische Geistliche um 200 000 R. der Budgetkommission überreicht.

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben erklärt die Vereinigung der Regierung aus Gütekriterien für diesen Antrag einzutreten.

Abg. Kaufmann (Zent.) befürwortet die von der Kommission abgelebten Anträge.

Abg. Windler (lont.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Kommissionsbeschüssen.

Abg. Siers (freifl. Volks.): Die Annahme des Artikels 16 ist uns nicht angenehm. (Lachen bei den Polen und bei den Soz.) Die Voraussetzung der Verfolgung der Bulle ist aber so genau umschrieben, daß es seinem katholischen Geistlichen schwer werden wird, die Bestätigung seiner Bestimmung mit den Standesgelehrten zu vereinbaren.

Abg. Bückerius (neut.): Wir begrüßen es, daß auch für die katholischen Geistlichen etwas über die Vorlage hinaus erreicht werden ist.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Zum Worte gemeldet waren noch vier Redner, darunter der Abg. Hoffmann (Soz.).

Abg. Hoffmann (neut. Volks.): Ich erkläre das Wort, daß seine Freunde für das Gesetz geschnitten sei zu der Erklärung, daß seine Freunde für das Gesetz mit Annahme des Artikels 16 stimmen würden.

Abg. Hoffmann (Soz.): Mit dieser drastischen Nullstimmlerung haben Sie den Beweis erbracht, daß Sie selbst sich für unfehlig erklären, auf meine Ausführungen zu antworten. (Lachen rechts.) Diese letzte Wortentziehung Vorsitzes ist sehr (Unruhe rechts). Glade des Präsidenten) und insam ausgleich. (Unruhe rechts; Übereinstimmung bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Krause: Zunächst muß ich Sie bitten, daß Weitererwähnen zu unterlassen, solange der Präsident die Glade des Präsidenten) und insam ausgleich. (Unruhe rechts; Übereinstimmung bei den Soz.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Nicht vor dieser Mehrheit.

Vizepräsident Dr. Krause: Wiederum Sie mit Ihren Worten Ihre Selbstachtung gehabt haben, haben Sie selbst zu entscheiden. Sie haben aber die Würde des Hauses (???) verletzt und ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Das ist eine Ehre für mich.